

Konrad Weiß

Freie Heide

Deutschlandfunk Köln, Die Sonntagskolumne, 13. April 2003

Auch in diesem Jahr wieder werden sich zahlreiche Menschen aus Brandenburg und Berlin zur Osterwanderung in die Ruppiner Heide aufmachen, um gegen die militärische Nutzung dieser Landschaft nördlich von Berlin zu protestieren. Es ist dies die 81. Protestwanderung, zu der die Bürgerinitiative "Freie Heide" seit 1992 einlädt. Während die Friedensbewegung anderswo in den neunziger Jahren eher erlahmt und eingeschlafen war, blieb hier der Widerstand gegen ein unsinniges Militärprojekt lebendig. Im vergangenen Jahr beteiligten sich etwa fünftausend Osterspaziergänger an der Aktion, die bisher immer phantasievoll gestaltet war und immer friedlich verlaufen ist.

Der Protest richtet sich gegen den Bombenabwurfplatz, der auf einem 142 Quadratkilometer großen Areal inmitten einer reizvollen Seen- und Heidelandschaft gelegen ist. Das Gebiet wurde über Jahrhunderte hin ausschließlich land- und forstwirtschaftlich genutzt – bis es die sowjetische Besatzungsmacht okkupierte und in den fünfziger Jahren einen Truppenübungsplatz daraus machte. Gemeinden und Bauern wurden brutal enteignet, die SED leistete dabei Handlangerdienste. Wer nicht freiwillig gehen wollte, war in Gefahr, nach Sibirien oder nach Bautzen verschleppt zu werden. Für die Enteignungen gab es keine rechtlichen Grundlagen; sie waren ein stalinistischer Willkürakt.

Auch die Art und Weise, wie dieses Gelände dann genutzt wurde, war Terror. Die Rote Armee flog bis zu 25.000 Einsätze im Jahr und verwendete dabei scharfe Munition. Immer wieder kam es zu Unfällen, von denen auch die umliegenden Ortschaften betroffen waren. Die Heide wurde verwüstet und zerstört. Die Menschen litten unter dem anhaltenden Fluglärm, den rücksichtslosen Tiefflügen und den fortwährenden Detonationen. Viele wurden krank davon.

Nach der Friedlichen Revolution setzten die Bewohner der angrenzenden Dörfer alle Hoffnung auf die neue Rechtsstaatlichkeit. Sie forderten das Land, das ihnen geraubt worden war, zurück und schmiedeten Pläne für eine friedliche Nutzung. Da war es ein Schock für sie, als 1992 die Bundesregierung ihre Absicht bekanntgab, die Ruppiner Heide militärisch weiternutzen zu wollen: die Bundeswehr als direkte Nutznießerin stalinistischen Unrechts! Alsbald formierte sich Widerstand, an dessen Spitze sich zunächst die SPD setzte. Sie beschloß für den Fall ihres Wahlsiegs, den Truppenübungsplatz stillzulegen, zu sanieren und der zivilen Nutzung zuzuführen. Kanzlerkandidat Rudolf Scharping erneuerte 1994 vor

Ort das Versprechen. Auch Peter Struck hat seinerzeit als Oppositionsführer den Verteidigungsminister aufgefordert, das Vorhaben aufzugeben und sich zu überlegen, ob er tatsächlich einen Übungsplatz weaternutzen wolle, der unrechtmäßig entstanden ist.

Sich selbst stellt der Minister diese Frage offenbar nicht. Auch Scharping dachte nicht daran, sein Wort einzulösen, sondern hielt an den Planungen seines Vorgängers fest. Erst das Bundesverwaltungsgericht stoppte im Dezember 2000 den Gewaltmarsch der Bundeswehr und stellte fest, sie müsse das Recht, die Heide militärisch zu nutzen, überhaupt erst erwerben. Eine Voraussetzung sei die Anhörung der umliegenden Kommunen. Dies war bis dahin von niemandem für nötig befunden worden.

Der kalte Wortbruch der SPD-Politiker empört die Menschen zutiefst. Viele, die 1990 die Wiedervereinigung freudig begrüßt haben, zweifeln inzwischen am Grundgesetz und an der Demokratie. Dies ist durchaus verständlich, zumal die militärische Notwendigkeit dieses riesigen Bombodroms keineswegs nachgewiesen ist. Die politisch gewollte Neuausrichtung der Bundeswehr als Instrument der Konfliktverhütung und Krisenintervention verlangt auch militärisch ein Umsteuern. Die Reduzierung von bisher fünf auf vier Jagdgeschwader ist bereits beschlossen. Die Planung sieht zudem die Beschaffung völlig neuartiger Waffensysteme vor, für die ein derart großflächiges Übungsareal gänzlich unsinnig ist. Zumal es ohnehin noch zehn bis fünfzehn Jahre dauern würde, bis der Platz von Altlasten befreit ist und von der Bundeswehr voll genutzt werden kann. Die Kosten lägen bei über 250 Millionen Euro.

Und niemand weiß, wie lange der erste Spatenstich möglicherweise durch Prozesse hinauszögert würde. Die Eigentümer und Anrainer des Gebietes sind jedenfalls entschlossen, bis zur letzten Instanz um ihr Recht zu kämpfen. Sie haben ja bewiesen, daß sie hartnäckig sind. Und es geht ihnen um mehr, als bloß um ein Stück Land. Es geht auch um Demokratie. Friedliche Protestwanderungen durch die Ruppiner Heide, dessen bin ich mir sicher, werden noch auf Jahre hin Regierung und Bundeswehr an Recht und Gerechtigkeit erinnern.

© Konrad Weiß 2003